

2017-08-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 21.06.2017

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:06 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Schlecht-Pesé, André Entschuldigt

Fraktion der CDU

Adamek, Eiko Entschuldigt
Kolze, Jens Entschuldigt
Schwabe, Jörg Entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie Entschuldigt
Pätzold, Hans-Joachim Entschuldigt
Semper, Manfred Entschuldigt

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert Unentschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Meier, Klaus Entschuldigt

Fraktion der AfD

Mrosek, Andreas Entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, eröffnete die 25. Sitzung des Stadtrates mit gedenkenden Worten zum Tode des verstorbenen Altbundeskanzlers Dr. Helmut Kohl:

„Am Freitag, dem 16. Juni 2017 verstarb in seinem Wohnhaus in Ludwigshafen-Oggersheim der langjährige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Ehrenbürger Europas, Dr. Helmut Kohl. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie. Für seine Verdienste als Kanzler der Deutschen Einheit, im Prozess der Einigung Europas und der Einführung des Euro wird er an entsprechenden Stellen überregional geehrt. Hier will ich der Dinge gedenken, die wichtig für unsere Stadt waren und sind. Helmut Kohl hat 1986 und 1987 entscheidend am Zustandekommen der Städtepartnerschaft zwischen seiner Heimatstadt Ludwigshafen am Rhein und Dessau mitgewirkt. Im persönlichen Gespräch mit dem Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, hat er erreicht, dass diese Partnerschaft während des Kalten Krieges über den Eisernen Vorhang hinweg möglich wurde. Das Vertragswerk dazu wurde im März 1988 in Dessau und in Ludwigshafen unterzeichnet, auch wenn die Bevölkerung daran zunächst kaum teilhaben durfte. Als nur kurze Zeit später, am 9. November 1989, friedliche Demonstranten mit Kerzen in den Händen die unüberwindbar geglaubte Mauer und den Stacheldraht überwand, wurde die Partnerschaft mit Leben erfüllt und brachte großen Segen für unsere Stadt. Die Ludwigshafener halfen uns, wo sie nur konnten. Erinnert sei hier beispielhaft an die Verwaltungshilfe beim Aufbau der rechtsstaatlichen Stadtverwaltung Dessaus, die Hilfe für das städtische Klinikum und für andere soziale Einrichtungen der Stadt wie auch die großartige Unterstützung bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe 2002. Viele Dessauer konnten Helmut Kohl persönlich kennenlernen bei seinen Besuchen in Dessau, aber auch bei Gegenbesuchen in Ludwigshafen. Heute noch bestehen viele freundschaftliche Beziehungen zwischen Einwohnern und Institutionen beider Städte und es finden Besuche und Austausche statt. Ich bitte Sie, sich zu Ehren Dr. Helmut Kohls von den Plätzen zu erheben und seiner still zu gedenken.“

Es wurde eine Schweigeminute eingelegt.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 38 Stimmberechtigten fest und gratulierte Herrn Eichelberg, SPD-Fraktion, zum Geburtstag.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, zog die Beschlussvorlage Nr. 198/2017/Linke zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Dessau (TOP 7.14) im Namen aller Einwohner zurück.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, stellte die Frage, ob es nicht für unangemessen angesehen wird, dass erst eine Beschlussvorlage zur Tagesordnung mit allerhöchster Brisanz, die einen ganzen Stadtteil in einen Schockzustand versetzt, kurzfristig auf die Tagesordnung langziert wurde und dann mit dürftigen Worten, ohne Begründung, wieder zurückgezogen wird. Den zahlreichen anwesenden Einwohnern, die sicher deshalb hier erschienen sind, sagt er, dass die Namensänderung jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Deshalb könne in der Einwohnerfragestunde dazu das Wort ergriffen und der Oberbürgermeister, die Fraktionen und jeder einzelne Stadtrat angesprochen werden. Jedoch sollte an die Formulierung einer Frage gedacht werden.

Die einmalige Chance, die man den Einwohnern eigentlich verwehren wollte, sollte genutzt werden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, machte darauf aufmerksam, dass diese Wortmeldung an dieser Stelle völlig unangemessen war. Er verwies darauf, dass in der Einwohnerfragestunde nur Fragen zu stellen sind, aber keine Statements abgegeben werden können.

Herr Hernig, Fraktion AfD, zog die Beschlussvorlage Nr. 186/2017/AfD zur Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 03.06.2015 (TOP 8.3) zurück, da sich in der Diskussion in der Sitzung Haupt- und Personalausschusses ergeben hat, dass sich keine Mehrheit für eine Beschlussfassung finden wird. Trotzdem sei die Fraktion der Meinung, dass die Voraussetzungen aus 2015 bis heute nicht erfüllt wurden, was noch geprüft wird.

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form beschlossen (37:01:00)

3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.05.2017

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die zu Beginn der Sitzung ausgereichten Austauschblätter (Seite 13 bis Seite 16) sowie auf die Änderung der Anwesenheit von 38 auf 39 Stadträte.

Mit diesen Änderungen wurde die Niederschrift genehmigt (33:00:05).

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Trocha, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, zur Sitzung.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras begann seinen Bericht mit einem **kurzen Rückblick**:

In der vom 7.-9. Mai stattgefundenen Klausurtagung in Brüssel hatte Herr Oberbürgermeister Kuras die Möglichkeit, persönliche Kontakte zu verschiedenen Institutionen der Europäischen Union zu knüpfen und entsprechende Einrichtungen zu besuchen. So konnte er das EU-Parlament, die EU-Kommission und den Rat der Regionen kennenlernen und zwei ausführliche Gespräche mit den Verantwortlichen aus Sachsen-Anhalt für den Rat der Regionen und die Verausgabung der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) führen. Dabei ist insbesondere der schwierige Abfluss der Mittel beim ESF und der bürokratische Aufwand bei den Anträgen kritisch diskutiert worden. Des Weiteren wurde die Landesvertretung von Sachsen-Anhalt bei der EU besucht.

Wieder zurück in Dessau-Roßlau galt es nur wenige Tage später den ersten Jahrestag des grausamen Mordes an **Yangji Li** zu bewältigen und der jungen Studentin zu gedenken. Die Hochschule Anhalt hatte einen sehr würdigen Rahmen geschaffen. Er hofft, dass die mutmaßlichen Täter am 4. August nunmehr ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Weiterhin wurde am 12. Juni den Ermordeten **Alberto Adriano** und **Hans-Joachim Sbrzesny** gedacht. Sein Dank gilt den Vereinen, Netzwerken und Ehrenamtlichen für den würdevollen Programmablauf. Bei diesem Gedenken waren in diesem Jahr viele Fraktionen vertreten, was Herrn Oberbürgermeister Kuras positiv gestimmt hat. Viele Stadträte waren beim **Kirchentag auf dem Weg** anzutreffen, der unsere Innenstadt vier Tage lang in eine gemütliche und gastfreundliche Flaniermeile verwandelte.

Herr Oberbürgermeister Kuras erinnerte an das hervorragende 500 m lange **Anhaltmahl** und die tolle Kombination mit dem mittlerweile schon bestens vertrauten **StadtLesen**. Ein großer Dank geht an die evangelische Landeskirche und alle Beteiligten, die zum Gelingen dieser wunderbaren vier Tage beigetragen haben, an denen mehr als 12.000 Gäste begrüßt werden konnten. Dieser Erfolg gilt insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die sich von einer äußerst gastfreundlichen Seite gezeigt und präsentiert haben. Mehrfach ist Herr Oberbürgermeister Kuras von den Veranstaltern, insbesondere von der Evangelischen Landeskirche, auf die sehr gute Zusammenarbeit mit den städtischen Ämtern angesprochen worden. Den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gab er an dieser Stelle weiter.

Herr Oberbürgermeister Kuras warb für den **Fürst-Franz-Sommer 2017**, der im Rahmen eines Pressegespräches gemeinsam mit der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz am 4. Mai im Palais Dietrich vorgestellt wurde. Er verwies auf die **Winckelmann-Ausstellung „Revolution des Geschmacks“**, die im Haus der Fürstin in Wörlitz zu sehen ist und am vergangenen Samstag eröffnet wurde. Anlässlich des 200. Todestages unseres Fürsten Franz am 9. August dieses Jahres folgt ihm zu Ehren die **Sonderausstellung „Der Fürst in seiner Stadt“**, die in der Orangerie zu sehen sein wird. Aktuell könne dort noch die Goya-Ausstellung unter dem Titel **„Desaster des Krieges“** besichtigt werden.

Mit dem **19. Internationalen Leichtathletik-Meeting „ANHALT“**, das am vergangenen Wochenende wieder im Paul-Greifzu-Stadion stattfand und erneut Athleten aus aller Welt in unserer Stadt zusammenführte, konnten wir als Doppelstadt Internationalität und Weltoffenheit leben, wie es in der Öffentlichkeit kaum besser vermittelt werden kann. Den über 3.000 Zuschauern wurde wieder ein Abend voller Spannung geboten. Über 100 Athleten, darunter ehemalige und amtierende Olympiasieger, Weltmeister, Europameister und viele nationale Meister und Topathleten traten in insgesamt 13 Disziplinen zum Wettkampf an. Viele gute Leistungen, u. a. ein neuer Stadionrekord über 400 Meter der Frauen konnten erreicht werden. Auch die direkt gegenüberliegende neue wettkampftaufgliche

Schwimmhalle, deren Richtfest am 18. Juni gefeiert wurde, setzt weitere Impulse für die Entwicklung unserer Sportstadt.

Ebenfalls sportlich ging es am vergangenen Samstag in Roßlau zu, als mit dem traditionellen Sportfest des SV Germania 08 ein neuer **Kunstrasenplatz** eingeweiht wurde. Auch Ministerpräsident Dr. Haseloff ließ es sich nicht nehmen, um persönlich bei der Eröffnung im Elbesportpark Roßlau dabei zu sein. Schließlich beteiligte sich das Land maßgeblich an dem Projekt, dessen Baukosten rund eine halbe Million Euro betrugen. Insbesondere ist hier aber auch dem Sportverein zu danken, der das Projekt in Rekordzeit umsetzte und nun vor allem dem Vereinsnachwuchs optimale Trainingsbedingungen liefert und einen bedeutsamen Beitrag zur Integration von in der Stadt lebenden Migranten leistet.

Vom 30. Mai bis 1. Juni 2017 fand die **39. Ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages** in Nürnberg statt. Begleitet von 4 Stadträten nahm Herr Oberbürgermeister Kuras teil und informierte über folgende Ergebnisse:

Im Mittelpunkt der Tagung stand die im Grundgesetz verankerte angestrebte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland und damit verbunden die adäquate Finanzausstattung der Kommunen. Die Kanzlerin Merkel betonte in ihrer Rede, dass nach der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auch mehr Geld in den Kommunen ankommen muss. Am Folgetag beschloss der Bundestag mit 2/3-Mehrheit die dazu nötige Änderung des Grundgesetzes, durch die nach 2019 insgesamt 5 Mrd. EUR mehr in die Kommunen fließen sollen. Der Bundesrat stimmte wiederum einen Tag später zu. Bleibt zu hoffen, dass das Land Sachsen-Anhalt ebenfalls das Geld weiterleitet und nicht wie bei dem Programm STARK V die kreisfreien Städte per Federstrich für reich erklärt.

Der Deutsche Städtetag verfolgte insbesondere drei Ziele:

- kommunale Investitionen stärken
- Förderung strukturschwacher Gebiete
- Entlastung/Regelung bei kommunalen Altschulden.

Vizekanzler Gabriel hielt eine bemerkenswerte Rede, für die er viel Beifall bekam. Er schlug vor, dass ein Bewerber auf ein Parlamentsmandat mindestens 5 Jahre Mitglied eines Gemeinderates oder Kreistages gewesen sein muss. Kommunalpolitik gehört in die Mitte der politischen Meinungsbildung, fuhr er fort. Auch er forderte, dass die geplanten 5 Mrd. EUR am Ende bei den Kommunen ankommen.

Beide, Kanzlerin und Vizekanzler, bedankten sich ausdrücklich bei den Kommunen für ihre Bemühungen z. B. bei der Bewältigung der Herausforderungen, insbesondere bei den Themen Flucht und Asyl, aber auch bei den Themen Bildung und Haushaltskonsolidierung. Diesen Dank gab Herr Oberbürgermeister Kuras an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und an die gewählten Ratsmitglieder weiter. Es gab dann eine Nürnberger Erklärung, die zu diesen Themen noch einmal dezidiert Stellung nahmen und von der Hauptversammlung beschlossen wurde. Interessierten könne er eine Kopie aushändigen. Es gab auch Neuwahlen zum Präsidium. Die bisherige Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen Frau Dr. Lohse, wird nicht mehr kandidieren und ist nur noch bis Ende des Jahres im Präsidentenamt. Ihr Nachfolger ab Januar 2018 wird Herr Oberbürgermeister Markus Lewe aus der Stadt Münster.

Abschließend verwies er auf zwei wirtschaftlich starke Unternehmen, deren Firmenjubiläen in den zurückliegenden Wochen gefeiert wurden. Zum einen das **20-jährige Bestehen der Firma Oncotec**, die einen entscheidenden Bestandteil des biopharmazeutischen Spitzenclusters im Biopharmapark bildet. Zum anderen das **25-jährige Jubiläum der Baufirma Echterhoff**, die das Stadt- und Straßenbild unserer Doppelstadt erheblich mitgestaltet hat. Stellvertretend hierfür sind beispielsweise das Europadorf Meinsdorf und die Brauereibrücke zu nennen.

Aktuelle Arbeitsstände

- **Sanierung Rathausfassade:** Das Gerüst um den Rathauturm wurde am 15. Mai zur Nutzung freigegeben. Die mit den Fassadensanierungsarbeiten beauftragte Firma hat am gleichen Tag ihre Arbeit aufgenommen. In Vorbereitung einer Begutachtung des baulichen Zustandes, insbesondere auch der Turmkuppel mit Vertretern des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalbehörde am 23. Mai, wurde eine Schadensaufnahme und –kartierung der Fassade erstellt. Im Ergebnis wurde ein Sanierungsbedarf auch für die Kuppel festgestellt. Seit Ende Mai erfolgen nun die Ausbesserungsarbeiten an den Mauerwerksfugen. Mit den ergänzenden Einrüstungsarbeiten für die Kuppel wurde am 6. Juni begonnen.
- **Sanierung Georgium:** Derzeit läuft nach wie vor der dritte Bauabschnitt. In diesem Bauabschnitt werden die Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten an Wand- und Deckenoberflächen sowie die Aufarbeitung historischer Fensterkonstruktionen fortgeführt. Die dafür erforderlichen Aufträge sind komplett erteilt. Als letztes Gewerk haben die Stuckateure mit den Restaurierungsarbeiten an den Decken begonnen.

- **Ersatzneubau Südschwimmhalle:** Am 18. Mai wurde das Richtfest gefeiert, wie bereits erwähnt, ist das Erdgeschoss komplett hergestellt. Nun erfolgt die Einrüstung des Gebäudes; die Fassaden- und Dacharbeiten haben begonnen, ebenso der Einbau der Fenster- und Türelemente. Die Rohinstallationen der Haustechnikgewerke laufen. Von den 38 erforderlichen Ausschreibungen sind 28 Aufträge erteilt. Sieben Vergabeverfahren laufen zurzeit, drei kleinere Ausschreibungen sind noch zu veranlassen, sodass bis zum 3. Quartal alle erforderlichen Leistungen beauftragt sein sollen.
- **Ersatzneubau Muldebrücke:** Die Brücke befindet sich kurz vor ihrer Fertigstellung. Am nächsten Montag (26. Juni) wird gemeinsam mit dem Verkehrsminister, Herrn Webel, die feierliche Eröffnung stattfinden, zu der Herr Oberbürgermeister Kuras die Stadträte und alle interessierten Bürger recht herzlich um 14 Uhr auf die Stadtseite der Brücke einlädt. Das Aufbringen der Asphaltschichten zur Anbindung der Brücke an die vorhandene Bundesstraße erfolgte sowohl auf der Ostseite als auch auf der Westseite des neuen Brückenbauwerkes. Das Rondell wurde ebenfalls komplett fertig gestellt. Im Anschluss an die Verkehrsfreigabe erfolgen der Rückbau der Behelfsumfahrung, die Fertigstellung der Anschlüsse der Verkehrsanlagen Friederikenplatz und Wasserstadt sowie der Rückbau der Baustelleneinrichtung. Die Anbindung des Friederikenplatzes wird nach der Verkehrsfreigabe der Brücke für ca. acht bis zehn Wochen voll gesperrt. Die Verkehrsführung während der Anbindung der Wasserstadt an die Bundesstraße soll verkehrstechnisch so organisiert werden, dass die Zufahrt über die Betonstraße erfolgen kann und jederzeit ein einspuriges Ausfahren aus der Wasserstadt in Richtung Rondell möglich sein wird. Zu den geplanten Verkehrsraumeinschränkungen wird es weitere Informationen über die Presse geben, zusätzlich werden Anlieger Handwurfzettel erhalten.

Weitere Meldungen aus den Bereichen

Referat für Sportförderung:

Der **3. Dessauer Firmenlauf** hat mit 117 laufbegeisterten Teams wieder einen neuen Teilnehmerrekord aufgestellt, darunter auch fünf Teams der Stadtverwaltung.

Amt für Kultur:

Am 3. Juni 2017 wetteiferten wieder 80 Mädchen und Jungen beim **Seifenkitenrennen** um Medaillen in verschiedenen Klassen, bei dem auch unser Wirtschaftsdezernent Herr Dr. Reck dabei war. Trotz der nicht so guten Wetterbedingungen wurden gute Zeiten gefahren.

Vom **Fürst-Franz-Sommer 2017** wurden bereits Ausführungen getätigt. Er lud zur morgen beginnenden Gartenreichtagung ein. Am eigentlichen Todestag, dem 9. August, sind alle eingeladen, um 16.00 Uhr, am Denkmal vor der Johanniskirche ein Blumengesteck niederzulegen.

Amt für Umwelt und Naturschutz:

Es konnten fast 1.000 Besucher zum 3. Langen Tag der **STADTNatur** begrüßt werden. Besonders gefragt war die Fischtreppe an der Mulde, die Fledermäuse am Landhaus, die Vogelstimmenwanderung im Kühnauer Park, das Wasserwandern auf der Elbe und die Fahrradtour durch die Oranienbaumer Heide. Viele Besucher bedankten sich bei den zahlreichen Mitveranstaltern und wünschten sich eine Fortsetzung. Der nächste Lange Tag ist jedoch frühestens 2019 möglich, nicht zuletzt in Abhängigkeit einer finanziellen Förderung.

Amt für Bildung und Schulentwicklung

Für die beispielhafte und vorbildliche **Berufswahlorientierung** wurden die Sekundarschule „Zoberberg“ und die Sekundarschule „An der Biethe“ am 8. Juni mit dem Berufswahl-SIEGEL ausgezeichnet und erreichten damit die zweite Rezertifizierung. Am 16. Juni wurde der Schulleiter des Philanthropiums Herr Dr. Zilm, nach 23 Jahren aktiver Tätigkeit an dieser Schule, verabschiedet und für seine langjährigen Verdienste gedankt.

Bauhausjubiläum 2019:

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf die zu Beginn der Sitzung an die Stadträtinnen und Stadträte ausgereichten Programmhefte zum Bauhausjubiläum 2019 mit dem Planungsstand Juni 2017.

Das vorliegende Ergebnis resultiert aus einer engen Zusammenarbeit der Stiftung Bauhaus Dessau mit der Projektgruppe „Masterplan Bauhausstadt“ unter der Federführung des Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur, Herrn Dr. Robert Reck. Ein Dank geht an die Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie an Frau Dr. Perren und Frau Dr. Huskamp von der Stiftung für die gute Zusammenarbeit.

Das Heft ist keine Ansprache an Touristen sondern das „Drehbuch“ zur Umsetzung von Veranstaltungen durch die Stadtverwaltung. Es bildet das städtische Programm ab und ergänzt somit die vielfältigen Angebote der Stiftung Bauhaus Dessau. So erklärt sich, dass nicht die Eröffnung des Bauhausmuseums oder das Bühnenfestival auf der Bauhausbühne in diesem Heft zu finden ist. Das Programm bezieht sich inhaltlich auf die enge Verbindung der Stadt Dessau mit dem historischen Bauhaus und erzählt in verschiedenen Modulen von den vielfältigen Verflechtungen zwischen dem Bauhaus und der Stadt.

Die Zielgruppe des Programmes sind das nationale und internationale Kulturpublikum und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau-Roßlau. Um den Planungsstand des Programmheftes umsetzen zu können, bedarf es allerdings einer ausreichenden Finanzierung. Dazu sind erste Kontakte mit der Staatskanzlei aufgenommen worden, um die Förderbedingungen zu eruieren. Im Zuge der Haushaltsaufstellung werden die Maßnahmen in den Haushaltsentwurf 2018 eingebracht.

In diesem Zuge müsse gemeinsam mit dem Land auch über die zukünftige Finanzierung unseres Theaters gesprochen werden, das eine entscheidende Rolle für das Gelingen des Bauhausjubiläums spielt, da das Haus in vielfältiger Weise in das Programm eingebunden ist. Es werde über die unzureichend berücksichtigte Dynamisierung bei den Personalkosten zu reden sein, aber auch über weitere Investitionen, auch an der Bühne.

Zu einer inhaltlichen Diskussion des vorgeschlagenen Programms in den Gremien des Stadtrates lädt der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur in den Kulturausschuss am 17. August 2017 ein. Der Stadtmarketinggesellschaft ist es zu danken, dass das Programm in dem neuen „Interims-Layout“ gesetzt und gedruckt wurde.

Neben diesem Hinweis zum Programm verwies Herr Oberbürgermeister Kuras darauf, dass die Stiftung Bauhaus Dessau am 8. April zu einer Bürgerinformationsveranstaltung in das Anhaltische Theater eingeladen hatte. Dabei wurde umfassend über den Stand der Baumaßnahme, die geplanten Inhalte der Ausstellung und das Vermittlungsprogramm informiert.

Mahnmal für die Opfer des Faschismus

Am 09.05.2017 fand unter der Moderation unserer Beigeordneten für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Umwelt der angekündigte Workshop zum neuen Standort des Mahnmals statt.

Entgegen der Einigung in der vorhergehenden Veranstaltung vom 25. Januar 2017, wurde die Standortfrage mit den Fraktionsvorsitzenden, den Opferverbänden und den Fachleuten noch einmal neu gestellt und weitere Standorte in die Diskussion einbezogen. Insbesondere wurde der Wunsch geäußert, den bisherigen Standort noch einmal stärker ins Auge zu fassen. Im Ergebnis wird nun eine erneute Prüfung durch das Baudezernat vorgenommen mit dem Ziel, alle machbaren Varianten aufzuzeigen. Uneingeschränkte und fraktionsübergreifende Einigkeit besteht darin, einen angemessenen und würdigen Standort für das Mahnmal zu finden.

Umso unverständlicher ist es, dass Meinungen verbreitet werden, es bestehe bei einigen Beteiligten die Absicht, das Mahnmal aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Höhepunkt dieser Diskussion ist ein Schreiben des Bündnisses Dessau Nazifrei an den Bundespräsidenten, in dem behauptet wird, dass das Mahnmal aus dem Stadtbild entfernt werden soll. Dies entbehrt nicht nur jeder Grundlage, sondern ist auch geeignet, dem Ansehen der Stadt nachhaltig zu schaden. Wenn wir den Bundespräsidenten im Jubiläumsjahr 2019 in unsere Stadt einladen wollen ist zu befürchten, dass er seine Teilnahme schon allein wegen dieser Behauptung absagen wird. Er bat deshalb sehr dringend alle Beteiligten, das Thema mit der notwendigen Sachlichkeit und Sensibilität zu behandeln. Es werde eine adäquate und angemessene Lösung für den Standort gefunden.

In einer **persönlichen Erklärung zur Namensdiskussion** legte Herr Oberbürgermeister Kuras dar, dass er über den Rückzug des heutigen Antrages erleichtert ist. Es ist nicht seine Initiative, er habe immer betont, dass er die Änderung des amtlichen Namens nicht für erforderlich hält, sondern er dafür plädiert, im Rahmen des neu aufgestellten Marketings abzuwarten, welche Möglichkeiten es dort gibt. Es ist eine Ratsinitiative und der Rat ist dazu auch legitimiert und berechtigt und Ratsmitglieder sind auch keine Befehlsempfänger des Oberbürgermeisters. Gleichwohl hatte er andere Pläne. Er war für eine festliche Sondersitzung des Stadtrates mit musikalischer Umrahmung, die damaligen Protagonisten sollten zu Wort kommen. Der damalige Innenminister, die damals aktiven Landtagsabgeordneten und Stadträte, seine Amtsvorgänger und er, Herr Oberbürgermeister Kuras, hätten dann ein Fazit ziehen können. Das war vom Stadtrat leider so nicht gewollt, was er zu akzeptieren habe. Daraufhin hat er verschiedene Dinge veranlasst und beauftragt, im Rahmen der Stadtfeste wenigstens etwas Originelles für die Bürger zu organisieren, wo auch interessante Dinge in Vorbereitung sind. Die jetzige Diskussion komme auch in gewisser Weise zu einer Unzeit. Es wird über das bevorstehende Bauhausjubiläum gesprochen und es ist zu befürchten, dass dieses Jubiläum dann in den Strudel dieses Streites um den Stadtnamen gerät. Der Wirtschafts- und Industriecub hatte die Anregung gegeben, Vertreter waren auch bei ihm und es wurde offen geredet. Herr Oberbürgermeister Kuras hat seine Bedenken geäußert und auch die Rechtslage geschildert. Die Namensfrage war allerdings von Anfang an virulent. Es gab schon einmal Bemühungen über einen Bürgerentscheid den jetzigen Namen festzuschreiben, also mit unterschiedlicher Zielstellung, aber mit dem gleichen Instrument. Die Frage sei aber, ob uns das hilft. Wir müssen die Zukunft gemeinsam gestalten. Er sehe aber auch, dass viel Verdruss auf beiden Seiten unserer Doppelstadt herrscht. Es stelle sich die Frage, woran das liegt.

Persönlich ärgert ihn der Eindruck, dass in Roßlau die Anstrengungen der Stadtverwaltung, auch zum Teil des Rates, hier auch etwas für Roßlau zu tun, wenig gewürdigt werden.

Wenn man sich das Ortsrecht ansieht könne festgestellt werden, dass die Abfallgebühren, die Gebühren für Abwasser und Trinkwasser, die Straßenbaubeiträge preiswerter geworden sind. Bei den Investitionen, hinsichtlich REWE z. B. am Luchplatz, sei es dem Planungsamt und der Beigeordneten Frau Schlonski gelungen, durch hartnäckige Verhandlungen mit dem Land jetzt hinzubekommen, dass dieser Bebauungsplan akzeptiert wird und wir nicht vor Gericht ziehen müssen. Bei der Ortsumgehung der Bundesstraße 184 wurden große Fortschritte erzielt. Mit der Schiffswerft konnte die Landesstraßenbaubehörde sehr erfolgreiche Gespräche führen, wodurch die Baukosten verringert werden. Die Wasserburg konnte auf exzellente Weise saniert werden, ebenso das Kulturkaufhaus. Eine der größten und schwierigsten Investitionen stellen die 11 Mio. € dar, die im Industriehafen Roßlau verbaut werden. Insbesondere im Aufsichtsrat sind schwierige Verhandlungen mit den sächsischen Mitgesellschaftern, die mehrfach einen Ausstieg angedroht haben, geführt worden. Es ist eine komplizierte Baustelle. Diese Baustelle bereite ihm viel mehr Bauchschmerzen als z. B. die Muldebrücke oder die Schwimmhalle. Weiterhin verwies er auf das schöne Antlitz der Bietheschule in der Goethestraße. Das sind Dinge, die nicht weggeredet werden können. Auch die Schlüsselzuweisungen pro Kopf sind in einer kreisfreien Stadt spürbar höher, auch das werde wenig diskutiert, wie die Vorteile der Kreisfreiheit. Wenn in Roßlau ein Bauantrag gestellt werden soll, muss man nicht über die Elbe fahren, sondern das könne in der verorteten Bauverwaltung getan werden. Das gleiche trifft zu für Meldebehörden und alle Dinge, die eine kreisfreie Stadt tun kann.

Sein Fazit ist, dass zu wenig geredet wird. Der sachliche Dialog sollte miteinander, statt in den Medien übereinander stattfinden und bei aller Emotionalität sollte die Sache am Ende rational und nüchtern angegangen werden. Er hört auf beiden Seiten das Wort Scheidung. Eine Scheidung würde beiden Städten schaden, wahrscheinlich der Stadt Roßlau noch mehr, als der Stadt Dessau. Er appellierte an die Beteiligten, einen kühlen Kopf zu bewahren und zu überlegen, was getan werden kann. Er regte die Bildung eines Dessau-Roßlauer Gesprächsforums an, was als feste Institution eingeführt werden könnte.

Sein erster Vorschlag wäre, eine gemeinsame OB-Dienstberatung mit dem Ortschaftsrat Roßlau zu führen, wo die Themen Stadtgestaltung, insbesondere der Altstadt und soziale Brennpunkte besprochen werden sollten.

Es sollte miteinander geredet und ein Austausch gepflegt werden und weniger über den Stadtnamen als über Inhalte gesprochen werden. Er könne nur für sich und für die Verwaltung sprechen und Erklärungen abgeben, aber er sage deutlich, dass unabhängig von Namensdiskussionen zum Wohle der gesamten Doppelstadt gearbeitet und alles für die weitere Entwicklung der Gesamtstadt getan wird.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 03. Mai 2017 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.30 Uhr

Einführend erklärte **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** die Modalitäten der Einwohnerfragestunde. Anschließend rief er **Herrn Marcus Geiger, Hauptstraße 13, Roßlau, Initiative „Buntes Roßlau“** auf. Dieser gab an, sich über den Rückzug der Beschlussvorlage zur Umbenennung des Stadtnamens durch Herrn Stadtrat Eichelberg gefreut zu haben. Er fragte nach der Bedeutung des Zusatzes „für heute“.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erwiderte, dass sich die Fraktionen weiter beraten und die Bürgerinnen und Bürger auf dem Laufenden gehalten werden.

Herr Jakob Uwe Weber, Lebrecht-Diener-Straße 14, 06847 Dessau-Roßlau, richtete sich an den Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur, Herrn Dr. Reck, mit der Frage, wann im Prozess der Kulturentwicklungsplanung die im Zwischenbericht erwähnte öffentliche Beteiligung stattfinden soll. Wie er kürzlich erfahren hat, befindet sich Herr Dr. Reck derzeit in Vorbereitung der Kulturentwicklungsplanung. Er fühle sich als damaliger Mitinitiator für die öffentliche Beteiligung und als ehemaliges Projektgruppenmitglied der Initiative mit 13.100 Unterschriften weiterhin verpflichtet. Er fragte, ob eine öffentliche Beteiligung vorgesehen ist.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, bejahte dies. Die öffentliche Beteiligung soll aber erst dann stattfinden, wenn der Entwurf der Kulturentwicklungsplanung vom zuständigen Fachausschuss freigegeben worden ist.

Auf die Nachfrage von **Herrn Jakob Uwe Weber**, ob eine Zeitabfolge genannt werden kann, entgegnete **Herr Dr. Reck**, dass im September im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport ein gemeinsamer Entwurf freigegeben werden könnte, sodass Ende September/Oktobre in die öffentliche Beteiligung gegangen werden kann. Dieser Zeitplan hänge jedoch von der Freigabe durch den Kulturausschuss ab.

Weiterhin fragte **Herr Jakob Uwe Weber** zum heutigen Rückzug der Beschlussvorlage zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau, wann die Vorlage im Haupt- und Personalausschuss besprochen wurde und ob es dazu eine Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil gab. Wenn ja, sei dies ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung. Seiner Meinung nach müssten alle Informationen, die nicht Personal- und Grundstückangelegenheiten betreffen im öffentlichen Teil besprochen werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras legte dar, dass das Thema im nichtöffentlichen Teil der Haupt- und Personalausschusssitzung erörtert wurde. Anlass war ein Schreiben des Wirtschafts- und Industrieclub Anhalt e. V. an die Fraktionen, die sich dort erklärt

und ihr Ziel mitgeteilt hatten, ohne einen Beschluss zu fassen. Es wurde am Ende der Sitzung lediglich gesagt, dass sich die Fraktionen nochmals zusammenfinden und erörtern, wer eine solche Vorlage mittragen würde. Bei Vorlagen, die von Fraktionen und nicht von der Stadtverwaltung ausgehen, sei dies ein nicht unübliches Vorgehen.

Herr Jakob Uwe Weber entgegnete, dass auch für die Fraktionen das Gemeinde-recht gilt und alle Informationen, die nicht Grundstücks- und Personalangelegenheiten betreffen, öffentlich zu besprechen sind. Falls das nicht so ist, bittet er einen Vertreter des Rechtsamtes um Erklärung.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies nochmals darauf, dass keine Beschlussfassung in der Haupt- und Personalausschusssitzung erfolgte und somit auch kein Rechtsverstoß vorliegt. Die Fraktionsvorsitzenden und die weiteren Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses müssen die Gelegenheit haben, in diesem Ausschuss solche Dinge besprechen zu können. Andernfalls gäbe es eine Rückkehr zu „Hinterzimmer-Gesprächen“, die Herr Weber und er auch nicht wollen würden.

Herr Wilfried Böttcher, Goethestraße 80, 06862 Dessau-Roßlau, äußerte zunächst Lob über die Würdigung des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl – er stand für Stetigkeit und Vertraulichkeit. Ebenfalls lobte er die Rede des Oberbürgermeisters, die ein Plädoyer nicht nur für die Stadt Roßlau, sondern für die Doppelstadt Dessau-Roßlau ist. Die Roßlauer Bürger freuen sich über die gemeinsamen Erlebnisse mit Dessau zum Vorteil dieser Stadt. Vor Jahren habe die Frage Oberzentrum zu werden, vor Dessau gestanden, man brauchte jemanden und hat diesen bekommen. Es wurde ein Ganzheitsbeschluss gefasst, der in einem Vertrag uferste, dem jetzt nicht Teile entnommen werden können. Wenn er den Stadtrat betrachtet, sehe er, dass in einem solchen Gremium eine unwahrscheinliche Verwaltungsarbeit notwendig ist. Dass diese Arbeit durch Anträge immer größer wird und Innovationen gestört werden, verstehe er nicht. Er fragte die Mitglieder des Stadtrates, die für eine Umbenennung des Stadtnamens sind, ob diese Vertreter diesen Ganzheitsvertrag in Zukunft in Frage stellen. Er stimme weiterhin für die Gesamtheit Dessau-Roßlaus mit allem, was dazu gehört.

Er fühlt sich eigentlich nicht angesprochen, da er diesbezüglich keine Initiative ergriffen hat, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Er merkte dennoch an, dass der Fusionsvertrag damals nicht in Kraft trat, weil der Gesetzgeber die Initiative ergriffen hatte und im Rahmen der Kreisgebietsreform 2007 die Angelegenheiten der Doppelstadt Dessau-Roßlau geregelt wurden. Gleichwohl ist der Fusionsvertrag als eine Art moralische Grundlage zu verstehen. Es sei das Recht einer Stadt, über bestimmte Dinge neu nachzudenken, u. a. auch über den Stadtnamen. Es stelle sich aber die Frage, ob das opportun ist und zu einer Verbesserung führt. Die Befürworter der Namensänderung haben eine bessere Vermarktung der Stadt im Blick, ebenso die Wirtschaftsverbände, die auch hinter diesem Antrag stehen. Er habe immer dafür plädiert, die Möglichkeiten, die das Stadtmarketing bietet, zu nutzen. Die Stadt könne sich jederzeit aus Marketingzwecken Beinamen geben. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der Stadtmarketinggesellschaft, in welchem einige Stadträte Mitglied sind, habe er sehr interessante erste Vorschläge gehört, die beide Stadtteile betreffen. Da er den Eindruck hat, dass dieses Thema im Stadtrat noch nicht vom Tisch ist,

sollten insbesondere mit der Stadt Roßlau Gespräche geführt werden. Er glaubt weiterhin an die Zukunft unserer Doppelstadt und schlug vor, dass sich einer der Initiatoren dieser Beschlussvorlage zur Frage erklärt.

Frau Regina Ewald, Grauer Steinhau 9, 06847 Dessau-Roßlau und **Frau Beate Pabel, Grauer Steinhau 13, 06847 Dessau-Roßlau** sprachen gemeinsam als Mitglieder der Bürgerinitiative „Keine Waldrodung zur Erweiterung der Waldsiedlung“ vor und stellten folgende Fragen:

1. Sind Sie der Meinung, dass trotz der bestehenden freien Bauflächen in unserer Stadt es nötig ist, den Kochstedter Wald für einen weiteren Baubereich zu roden?
2. Inwieweit gelten die Pläne der Stadt zur Verdichtung der baulichen Situation in der Innenstadt vom Jahr 2013 noch, wenn im Vorort Kochstedt weitere Bauflächen durch Rodung geschaffen werden?
3. Hat der Vertrauensschutz der betroffenen Anwohner in den Fortbestand der ursprünglichen Festsetzungen weiterhin Gültigkeit?
4. Welche wichtigen Argumente gibt es für den Eingriff in diese natürlichen und schützenswerten Begebenheiten?
5. Sehr geehrter Herr Ehm als Vorsitzender des Stadtrates, würden Sie uns erlauben, Ihnen eine Unterschriftensammlung mit derzeit 914 Unterschriften von gleichgesinnten Bürgern zu übergeben? Dazu haben wir hier unsere Fragen an alle Fraktionen und an den Oberbürgermeister beigefügt.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm nahm die Unterschriftensammlung zur Weiterreichung an die Verwaltung an und sagte eine schriftliche Beantwortung seitens der Verwaltung und den Fraktionen zu.

Herr Swen Behrendt, Pappelgrund 30, 06847 Dessau-Roßlau, bezog sich auf die in der Stadtratssitzung am 03.05.2017 beschlossene Benennung des Platzes vor dem Bauhausmuseum in Mies-van-der-Rohe-Platz und brachte seine Verwunderung darüber zum Ausdruck. Mies van der Rohe sei einer von 34 Unterzeichnern des Aufrufes der Kulturschaffenden. Dieser Aufruf wurde am 18.08.1934 im Völkischen Beobachter veröffentlicht. Es handelt sich dabei um ein Manifest von Josef Göbbels, das zur Wahl von Adolf Hitler als Staatsoberhaupt von Deutschland aufruft. Mit den Schlussworten des Aufrufes „Der Führer hat uns wiederum aufgefordert in Vertrauen und Treue zu ihm zu stehen. Niemand von uns wird fehlen, wenn es gilt, dies zu bekunden“ habe Mies van der Rohe öffentlich deutlich gemacht, dass er glühender Anhänger Hitlers ist. Zudem habe er öffentlich zur Wahl Hitlers aufgerufen, um dessen Macht zu festigen. Diese Wahl sei auch mit 89,9 % deutlich entschieden worden. Wenn der Direktor des Bauhauses zur Wahl derjenigen aufruft, die dieses Haus geschlossen haben, habe das in seinen Augen eine sehr deutliche Symbolkraft. So einer Person werde in Dessau ein Platz mit großer Bedeutung gewidmet. Aufgrund der großen Zustimmung könne der Verdacht entstehen, dass der Geist, der 1932 diesen Dessauer Stadtrat zur Schließung des Bauhauses brachte, immer noch herrscht.

Abschließend stellte Herr Behrendt die Frage, ob jemandem aufgefallen ist, dass die Stadträte das Denkmal für die Opfer des Faschismus genau an diesen Platz setzen wollen, oder ob der Name extra so gewählt wurde, dass das Mahnmal dort,

wie bereits angesprochen, nicht wieder seinen Platz findet. Er bat um Stellungnahme.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass diese Informationen bisher nicht bekannt waren. Die Verwaltung werde das prüfen und dann zu einer Entscheidung kommen.

Frau Christine Walter, Fischereiweg 34, 06846 Dessau-Roßlau, sprach als Mitglied der Bürgerinitiative für den Erhalt des Neubaublocks in der Friedhofstraße vor. Bezüglich des Erhalts habe die Initiative die Stadt und die DWG angesprochen, die der Initiative einen Gesprächstermin gewährt haben. Die Argumente wurden ausgetauscht, die Initiative hat drei Vorschläge unterbreitet und es wurde ein neuer Termin für Anfang April vereinbart. Da bisher aber nichts passiert ist, fragte Sie nach einen neuen Termin für die Bürgerinitiative und ob es bereits Favoriten von den drei Vorschlägen für eine Umsetzung gibt.

Frau Schlonski, Beigeordnet für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf den bestehenden Briefaustausch zwischen der Bürgerinitiative und der DWG. Nach Klärung und Ende des Briefaustausches werde es wieder eine Informationsveranstaltung geben. Die Verwaltung stehe zu ihrem Wort.

Frau Christine Walter entgegnete, sie hofft, dass der Block bis dahin noch nicht abgerissen wurde, da die DWG den Abriss bereits im nächsten Jahr realisieren will.

Frau Katrin Winter, Wäschkestraße 2, 06849 Dessau-Roßlau, berichtete, dass am vergangenen Sonntag bei schönem Sommerwetter sowohl das Waldbad als auch die Adria geschlossen waren. Sie fragte, ob der Stadt die Gründe hierfür bekannt sind.

Herr Dr. Reck verneinte dies und gab an, den Sachverhalt zu prüfen und schriftlich eine Antwort zu geben.

Frau Katrin Winter stellte des Weiteren die Frage, wer die Kosten für in Dessau-Roßlau lebende Flüchtlinge übernimmt, die zu Besuch in ihre Heimat fahren bzw. fliegen.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, erwiderte, dass die Stadt die Reise nicht finanziert. Im Normalfall müsse dies privat finanziert werden, es sei aber auch anderweitig möglich. Er bot eine schriftliche Antwort an. **Frau Winter** nahm das Angebot an.

Frau Gerlinde Lechler, Alexandrastraße 1, 06844 Dessau-Roßlau, sprach ebenfalls als Mitglied der Bürgerinitiative „Gegen den Abriss der Friedhofstraße 23-30“ und berichtete, dass sie am 08.07.2015 in der Stadtratssitzung drei Fragen an den Oberbürgermeister gestellt hatte, welche immer noch nicht beantwortet wurden und auch in keinem älteren Bericht, wie ihr gesagt, zu finden sind:

1. Wie viele Rollstuhlfahrer-Wohnungen gibt es zurzeit in Dessau-Roßlau?
2. Wie viel Prozent wird der Bedarf damit zurzeit gedeckt?
3. Wie ist die Entwicklung der Bedarfsdeckung im Prognosezeitraum bis 2035?

In einer Beratung des Stadtbezirksbeirates sei die Behindertenbeauftragte der Stadt dabei gewesen und hat angegeben, dass es gar nicht um Rollstuhlfahrerwohnungen geht, um die sich die Initiative kümmert, sondern um Behinderte, also auch um Blinde und dergleichen. Das sei zwar richtig, jedoch gibt es ganz spezielle Anforderungen an Wohnungen für Rollstuhlfahrer, auf die diese angewiesen sind. Seitens der DWG ist vorgesehen, dass die Rollstuhlfahrer in der Ackerstraße oder andernorts eine oder mehrere Treppen mit dem Rollstuhl hochfahren sollen, nicht über eine Rampe oder mit Direktzugang. Frau Lechler fragte, wie diese dann wieder nach unten gelangen sollen, wenn das Gebäude mal wie in London brennen sollte. Das gehe nicht, wenn der elektrische Rollstuhl oder die Rampe abgeschaltet sind. In der Ackerstraße gibt es bereits ein Haus mit einer Plattform, mit der man hochfahren muss, wenn man in die Wohnung will. Eine Nachbarin hat ihr gesagt, dass diese Plattform des Öfteren ausfällt und nicht benutzt werden kann, bis jemand die Elektrik in Ordnung gebracht hat. Das sollte vermieden werden.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm sagte eine schriftliche Antwort zu und verwies bezüglich der sich anschließenden Frage von Frau Lechler zur Dauer von Festnetz- und Internetanschlüssen von Vodafone und o2 bei Umzügen, dass die Verwaltung und der Stadtrat dazu keine Antwort geben können, da es sich um private Anbieter handelt.

Frau Lechler beklagte, dass die Anschlussherrichtung vier Wochen dauert, was zu lang sei, da Menschen mit Behinderungen auf Internet und Telefon angewiesen sind. Die Stadt bzw. der Vermieter müsse mit den nicht freiwillig umziehenden Leuten reden, bevor man sie umziehen und warten lässt.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm wiederholte, dass es sich um private Anbieter handelt, auf die kein Einfluss genommen werden kann.

Darüber hinaus sagte **Frau Lechler** zum Thema Stadtnamen, dass die Abstimmung von 100 % der Dessauer Bürger und 100 % der Roßlauer Bürger abhängig sein sollte. Sie fragte, wie der Bürgerentscheid geregelt ist..

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm erklärte, dass dies gesetzlich geregelt ist und bat die Verwaltung um Erteilung einer schriftlichen Antwort.

Frau Mandy Münch, Hauptstraße 143, 06862 Dessau-Roßlau, stellte auch im Namen weiterer Jugendlicher die Frage, warum Jugendliche bei Abstimmungen, wie zum Stadtnamen, ausgeschlossen werden und ob es nicht möglich ist, diese bei solchen Entscheidungen besser einzubeziehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass auf einen Bürgerentscheid die gleichen rechtlichen Regelungen zutreffen, wie auf eine Kommunalwahl. Die Kommunalwahl unterscheidet sich von der Bundestagswahl dadurch, dass Jugendliche ab 16 Jahren schon abstimmen dürfen, so auch EU-Ausländer, was bei einer Bundestagswahl nicht der Fall ist. Diese Regelung ist angemessen.

Frau Münch versprach, die Antwort an die Jugendlichen weiterzuleiten und stellte die Frage, was die Stadt für die ehrenamtlich Tätigen, denen Sachschäden entste-

hen, tun könne, abgesehen von den Versicherungen, die ab einem bestimmten Punkt nicht mehr zahlen würden.

Für die Stadt sei es schwierig, solche Schäden zu ersetzen, jedoch gibt es Verbände, wie der Weiße Ring, die sich mit dem Schutz von Opfern krimineller Gewalt befassen, merkte **Herr Oberbürgermeister Kuras** an. Nach einer rechtlichen Prüfung werde eine schriftliche Antwort erfolgen.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, wollte Bezug auf die Anfrage von Herrn Wilfried Böttcher nehmen. **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** betonte, dass er entweder als Bürger vorsprechen müsse oder als Stadtrat erst unter dem nächsten Tagesordnungspunkt. **Herr Dreibrodt** widersprach dem und erklärte, dass die Anfrage an den Stadtrat gerichtet wurde und eine Antwort für Herrn Oberbürgermeister Kuras nicht leicht sei, da er nicht dabei gewesen ist, als der Fusionsvertrag damals ausgearbeitet wurde. Der Vertrag war Grundlage für die Bürgeranhörung in Dessau und den Bürgerentscheid in Roßlau. Was die Gültigkeit betreffe, mit Stadtnamen, Siegel, Wappen und dergleichen, wurden diese vom Gesetzgeber in Frage gestellt. Der Vertrag hat keine Gesetzeskraft.

Herr Staatsratsvorsitzender Ehm unterbrach Herrn Dreibrodt und bat ihn um Stellung seiner Frage. **Herr Dreibrodt** erklärte, er antworte Herrn Böttcher in seiner Funktion als Stadtrat und bemerkte, dass der damalige Oberbürgermeister Koschig mit dem amtierenden Bürgermeister Gröger beiden Stadträten bei der letzten gemeinsamen Stadtratssitzung im ehemaligen Rathaus von Roßlau eine Fusionsbeschwörungsvorlage vorgelegt hatte, welche mehrheitlich beschlossen wurde. Der Sinn der Vorlage war, „die Buchstaben und den Geist des Fusionsvertrages“ zu leben, auch wenn er keine gesetzliche Kraft hat. Wie dies in der Praxis aussieht, haben alle Jahr für Jahr erfahren.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm zitierte anschließend für Herrn Dreibrodt § 5 (6) der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse:

„Die Antwort zur gestellten Frage erfolgt in der Regel mündlich durch den Oberbürgermeister, einen Beigeordneten oder den Vorsitzenden des Stadtrates. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung in der Sitzung nicht möglich, erhält der Einwohner eine schriftliche Antwort, die innerhalb von sechs Wochen ggf. als Zwischenbescheid erteilt werden muss.“

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass demnach Herr Dreibrodt Unrecht hat und beendete die Einwohnerfragestunde um 17:21 Uhr.

Während des Tagesordnungspunktes verließ **Herr Hernig, AfD-Fraktion**, die Sitzung.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2016 Vorlage: IV/026/2017/II-10

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Mau, CDU-Fraktion, berichtete, dass der erste Bauabschnitt an der Goetheschule im Stadtteil Roßlau fertig gestellt wurde und fragte nach dem Sachstand der zweiten Hälfte bzw. den Informationen vom Land. Die Schüler müssen derzeit zwischen zwei Schulen pendeln. Das Land hat ein neues Förderprogramm aufgelegt, wodurch sich die Fortführung der Sanierung und Fertigstellung des zweiten Objektes erschwert.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, erklärte, dass nach seinem Kenntnisstand noch auf den Fördermittelbescheid gewartet wird. Auf die Nachfrage von Herrn Mau, ob es eine zeitliche Abfolge gibt, entgegnete er, dass es bei Stark III entsprechende Fristen und Zuschlagserteilungen gibt.

Herr Mau, CDU-Fraktion, bemerkte, dass das Objekt fertiggestellt und den Kindern die besten Möglichkeiten in der Ausbildung garantiert werden müsse. Er hofft, dass die Bemühungen intensiv fortgesetzt werden, um den Plan umzusetzen. Weiterhin brachte er seine Freude dahingehend zum Ausdruck, dass die Ortschaftsräte mehr Verantwortung auferlegt bekommen haben, insbesondere in der selbstständigen Vergabe von Betriebskostenzuschüssen an Vereine. Es besteht nun aber das Problem, dass beispielsweise in Roßlau dieses Jahr mehr Vereine Gelder beantragt haben. Dadurch werden beispielsweise für einen Verein 1.800 € weniger zur Verfügung gestellt und diese Lücke müsse der Verein selbst schließen. Nach seinem Kenntnisstand werden die Kosten für Vereine, die dieses Jahr das erste Mal beantragen und somit rechnerisch nicht in das alte Budget fallen, welches die Ortschaftsräte zur Verfügung haben, dann von der Stadt getragen, um im nächsten Jahr den Ortschaften diesen Zusatzbetrag zukommen zu lassen. Er fragte, wie das geregelt ist und ob die Vereine mit weniger Geld zurechtkommen müssen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte, dass kein zusätzliches Budget zur Verfügung steht. Das Budget, das es immer gab, ist auf die Ortschaften umverteilt worden. Allerdings müsse die Notwendigkeit der Förderung geprüft werden. Wer bisher ohne Zuschüsse zurechtgekommen ist, müsse ihres Erachtens darlegen, inwieweit er jetzt bedürftig geworden ist.

Auf die Nachfrage von **Herrn Mau, CDU-Fraktion**, ob es verbunden mit einer Zuarbeit der Ortschaften an die Stadtverwaltung möglich ist, den zusätzlichen Bedarf im nächsten Haushalt einzuplanen, bemerkte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass zuvor geprüft werden sollte, inwieweit die Bezuschussung notwendig ist. Der Entwurf der Sportförderrichtlinie steht und in dem Zusammenhang wurde noch einmal auf den Bedarf geschaut. Inwieweit dieser gestiegen ist, könne sie nicht beurteilen.

Schlussendlich ging **Herr Mau, CDU-Fraktion** auf den abgesetzten Tagesordnungspunkt zur Umbenennung des Stadtnamens ein. Am Samstag werde unter Anleitung

des Ortschaftsrates und des Wirtschaftskreises in Roßlau der 13. Rossmarkt unter dem Motto 10 Jahre Fusion Dessau-Roßlau stattfinden. Über die Zusage von Herrn Eichelberg freue er sich und er hofft auf die Zusage von Herrn Schönemann und anderen Stadträten. Die Stadträte sollten sich unter das Volk mischen und weitere Gespräche zum Wohle der gemeinsamen Stadt führen, was er eigentlich schon jahrelang erwartet hat.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass das Umfeld der Stadtschwimmhalle in Dessau-Süd zunehmend seinen urbanen Charakter verloren hat. Der Eigenbetrieb Stadtpflege hat reagiert und einen Teil ordentlich gemäht, ein anderer Teil ist anderweitig umgestaltet worden. Er fragte, was für diesen Bereich zukünftig geplant worden ist. Über die Kunst an der Schwimmhalle wurde bereits diskutiert, jedoch ist die weitere Verfahrensweise unklar. Er schlug vor, das Thema im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt noch einmal zu behandeln und dass Herr Oberbürgermeister Kuras in der nächsten Stadtratssitzung in seinem Bericht eine kurze Auskunft dazu erteilt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte dazu sein Einverständnis.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, fragte bezüglich des neuen Fahrplanes ab dem 01. Juli 2017, ob und warum der Rufbus wegfällt. Dazu konnte er in der entsprechenden Broschüre nichts finden. Es gebe Beschäftigte im öffentlichen Dienst, welche in drei Schichten auch samstags und sonntags arbeiten und auf den ÖPNV angewiesen sind. Bei tatsächlichem Wegfall des Rufbusses möge eine Alternative genannt werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass der neue Fahrplan im Aufsichtsrat der DVV diskutiert wurde. Dass die Rufbusse wegfallen, habe er so nicht herausgehört, jedoch werde er sich erkundigen.

Herr Berghäuser ging des Weiteren auf den Schillerpark ein. Wie in der Mitteldeutschen Zeitung berichtet, ist dort eine Parkbank abgebrannt. Anwohner aus dem Stadtbezirk innerstädtisch Nord sind an ihn herangetreten und haben nicht nur die Brandstiftung beklagt, sondern auch Spuren des Vandalismus. D. h. es liegt Müll und Glas herum und es gibt mehrere Feuerstellen. Er stellte die Frage, ob das bestreift wird und ob der Stadtordnungsdienst dort notfalls Einfluss nehmen kann.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sprach Herrn Stadtrat Berghäuser stellvertretend für das Bündnis Dessau-Nazifrei an und erklärte, die Kritik und die Vermutung, dass konservative Politiker das OdF-Mahnmal aus dem Sichtbereich der Bürger verschwinden lassen wollen, sei unbegründet, weshalb er seinen Brief an den Bundespräsidenten zurückziehen soll, was eine Möglichkeit der Schadensbegrenzung wäre. Die Kritik müsse eigentlich an die Stadtverwaltung gerichtet werden. Das Handeln der Stadtverwaltung habe dazu geführt, dass sich die Stadträte untereinander die Schuld zuschieben. Die erste Beratung zur Standortfrage sei so abgelaufen, dass die Verwaltung mit einem einzigen Vorschlag ohne jegliche Visualisierung angetreten ist. Es habe nicht einmal einen Lageplan des Stadtparkes gegeben, um über andere Standorte zu diskutieren. Der Standort sollte vor dem Eingang des Bauhauses sein. Alle Anwesenden waren sich einig, dass dies völlig daneben ist und die Forderung

der Opferverbände, in der Straßenachse zu bleiben, akzeptiert werden müsse. Unter dieser Bedingung gab es nur die zwei Standortmöglichkeiten, südlich oder nördlich vom Brunnen.

Da das Mahnmal bereits im Januar 2018 wieder für die Gedenkfeier einsatzfähig sein soll, blieb nur die südliche Seite, da im nördlichen Bereich noch die Baustelle des Bauhauses laufen wird. Daher wurde einstimmig der südliche Standort gewählt. Offen ist nur die Frage der Gestaltung des Denkmals geblieben, um mehr Opfergruppen gedenken zu können. Dazu sollte ein Planer befragt werden und der Auftrag ist an Herrn Plaßmann gegangen. Dieser hat seine Ergebnisse in der zweiten Runde vorgestellt und sich mehr Gedanken gemacht, als er eigentlich sollte und hat den Standort generell in Frage gestellt. Allen sei damals klar gewesen, dass die beiden Standorte in der Wechselwirkung zu großen Gebäuden stehen und haben akzeptiert, dass die Sichtachse erhalten bleiben soll. Zu dieser zweiten Beratung sind nicht einmal alle Personen eingeladen worden, die den ersten Beschluss gefasst haben. Er selbst und seine Fraktion haben keine Einladung erhalten. Die Gedanken, die sich Herr Plaßmann gemacht hat, hätte sich die Verwaltung im Vorfeld machen müssen, so hätte mit den Opferverbänden vielleicht ein anderer Standort gefunden werden können. Nun ist die Standortfrage erneut zu diskutieren, es ist wieder ein Jahr verloren gegangen und es entstehen zusätzliche Kosten. Die Verwaltung wird ihrer Aufgabe in dem Punkt nicht gerecht. Verantwortlich dafür ist seines Erachtens in erster Linie die Dezernentin Frau Schlonski. Über die Kunst im öffentlichen Raum (Kavalleriestraße und Stadtpark), über die seit Jahren notwendigerweise diskutiert wird, ist auch erst Ende des vergangenen Jahres mit finanziellen Mitteln eine Kuratorin beauftragt worden. Das Ergebnis dessen ist nun mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und mit dem Gestaltungsbeirat diskutiert bzw. zerdiskutiert worden, so dass man wieder am Anfang steht. Er kritisierte, dass Frau Schlonski Gestaltungskraft und Durchsetzungsvermögen in der Verwaltung fehlen. In den Punkten müsse sie noch zulegen, wenn sie den Posten behalten will.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt, erwiderte, dass sie die Kritik annimmt, jedoch ein Stück weit zurückweisen muss. Beim ersten Treffen, welches auf Einladung des Oberbürgermeisters stattgefunden hat, habe es sehr wohl Vorschläge der Stadtverwaltung gegeben. Es gab einen Lageplan, wo die Stadt andere Vorschläge, als von Herrn Otto unterbreitet, gegeben hat. Es sei ein Vorschlag von Herrn Otto gewesen, das Mahnmal weiter in den Stadtpark einzurücken und den Ort, der dann auch festgelegt worden ist, noch einmal zu prüfen. Der Auftrag, den Standort nochmals genauer zu untersuchen, wurde erst nach der Beschlussfassung im Haupt- und Personalausschuss mitgenommen. Es war festgelegt worden, nochmals eine Diskussion mit einem erweiterten Personenkreis durchzuführen, so zum Beispiel mit dem Gestaltungsbeirat und mit weiteren Kunstschaaffenden bzw. mit Kultur- und Geschichtsinteressierten der Stadt. Es wurde exakt der Einladungsverteiler der ersten Beratung verwendet und dieser ist noch erweitert worden. Die Fraktionsvorsitzenden wurde eingeladen, in dem Falle Herr Bönecke. Zum zweiten Termin wurde außerdem Herr Möbius, der Mitglied des Gestaltungsbeirates ist, eingeladen. Herr Plaßmann als beauftragter Planer hat sich die Arbeit gemacht und den vorgeschlagenen Standort, von dem ihm gesagt wurde, dass dieser vom Haupt- und Personalausschuss gesetzt worden ist, geprüft.

Nach seiner Auffassung war der beschlossene Standort nicht der optimale, da dieser zu sehr im Schatten von Stadtpark, Brunnen und Hochhaus steht. Die Verwaltung hat Herrn Pläßmann dann gestattet, dies darzustellen. Sie habe aber mehrfach darauf hingewiesen, dass es einen Beschluss des Haupt- und Personalausschusses gibt, an den man sich halten müsse. Wenn in der Runde die Diskussion noch einmal geöffnet wird, dann müsse der Ausschuss sagen, ob einem anderen Meinungsbild gefolgt werden soll oder nicht. In der Veranstaltung sei demokratisch abgefragt worden, ob bei dem Standort geblieben werden oder neu darüber nachgedacht werden soll. Die mehrheitliche Meinung bewegte sich zur nochmaligen Standortdiskussion.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bat Herrn Otto nach dessen Wortmeldung darum, kein Zwiegespräch zu führen, sondern dieses Thema im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu diskutieren.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, erklärte, obwohl die Beschlussvorlage zur Umbenennung des Stadtnamens von der Tagesordnung genommen wurde, sei zu befürchten, dass das Thema erhalten bleibt. Er hält es für geboten, als Roßlauer Stadtrat dazu zu sprechen. Am 1. Juli jährt sich zum zehnten Mal die Fusion zu Dessau-Roßlau. Anstatt das Jubiläum gebührend zu feiern, hatten einige Stadträte „nichts Besseres zu tun, als unserer Doppelstadt die Feierlaune gründlich zu verderben.“ Er hat in den zurückliegenden zehn Jahren und aktuell mit vielen Dessauer Stadträten aus allen Fraktionen über die Fusion und den Stadtnamen gesprochen. Dabei ist deutlich geworden, dass etliche Stadträte die Fusion und den Doppelnamen nicht wollen. Aber die Zahl derer, die einräumen, dass man die Roßlauer unbedingt braucht, um das Oberzentrum und die Kreisfreiheit zu retten und allein deshalb zum Fusionsvertrag inklusive Stadtnamen Dessau-Roßlau stehen muss, war bisher die Mehrheit. In der heutigen Mitteldeutschen Zeitung ist zu lesen, dass es unverständlich ist, dass man in Roßlau so aufgeregt, unsachlich und emotional ist. Er fragte, wie die Anwesenden reagieren würden, wenn ihr Name weggenommen werden soll. Die Roßlauer identifizieren sich mit ihrem Stadtteil und waren stolz darauf, wie sich die Stadt nach der Wende entwickelt hat. Weiter wird von einer Impulswirkung für die ganze Stadt geredet, die eintritt, wenn Roßlau aus dem Stadtnamen verschwindet. Man wünsche sich einen in die Zukunft gerichteten Blick und suggeriert damit, dass die Roßlauer in die Vergangenheit schauen und der Stadt eine blühende Zukunft verbauen. Das sei anmaßend und beleidigend und man müsse sich fragen, in welche Richtung der Blick Dessaus gerichtet war, bevor man sich mit Roßlau zusammenschloss.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bat um Beachtung der Redezeit.

Trotz der Gruppe derer, die mit aller Gewalt Roßlau im Stadtnamen loswerden will, hat sich bewiesen, dass es doch noch genügend Stadträte gibt, die Wort halten und vertragstreu sind, so **Herr Dreibrodt** weiter. Er dankte allen aufrechten Stadträten, ausdrücklich den Dessauern, dem Ortschaftsrat Roßlau, den Roßlauer Vereinen, allen Leserbriefschreibern, die gemeinsam verhindert haben, dass die Taktik aufgegangen ist. Dass die Vorlage zurückgezogen wurde, sei nicht aufgrund von Einsicht, sondern fehlender Stimmen geschehen.

Frau Perl, SPD-Fraktion, berichtete, dass sie vor kurzem mit einer Familie aus Afghanistan im Kundenzentrum der Stadtwerke Dessau war. Ein Teil der Familie waren

ein Fünfjähriger und ein Zweijähriger, die im Kundenzentrum nicht übermäßig laut am Kindertisch spielten. Ein Mitarbeiter der Stadtwerke hatte sich vor den Kindern aufgebaut und sie angeschrien, dass dies kein Kinderspielplatz sei, woraufhin die Kinder erschreckten und auch Angst hatten. Ein solches Verhalten sollte vermieden werden.

Bevor **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** Herrn Otto das Wort erteilte, bat er diesen, die Würde des Hauses zu bewahren und Beigeordnete nicht unsachlich anzugreifen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, nicht unsachlich, sondern bei der Wahrheit geblieben zu sein und erwiderte zur vorherigen Diskussion mit Frau Schlonski, dass es nur einen Vorschlag von der Verwaltung und keinen Lageplan, um weitere Standorte zu diskutieren, gegeben hat. Es sei erst Herr Jähne losgeschickt worden, damit man einen Lageplan in der weiteren Diskussion an die Wand bringen konnte. Er bat darum, die Protokolle von beiden Veranstaltungen oder zumindest die Anwesenheitsliste zu bekommen. Er habe die Kritik nicht ohne Grund an Frau Schlonski gerichtet. Der Stadtratsbeschluss, der im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit zur Ostrandstraße gefasst wurde, ist von der Verwaltung einfach ignoriert worden. Frau Schlonski hat dafür nicht die Verantwortung übernommen, allein das sei ein Grund für einen Abwahantrag. Ihr Agieren in Vertretung des Oberbürgermeisters im Regionalen Planungsbeirat sei auch nicht zum Wohle der Stadt gewesen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Umwelt, verzichtete auf eine entsprechende Erwiderung, da Sie den Punkt mit den Plänen und die Einladung der Fraktion belegen kann.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, trug zum Sachstand des OdF-Mahnmals bei und gab das Ergebnis des Haupt- und Personalausschusses kund. Das Thema sei ebenso umstritten, wie dargestellt, auch dort diskutiert worden. Im Ergebnis wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass man sich an der Orientierung, den Alternativstandort beizubehalten, halten werde. Es sei als Option nur zu prüfen gewesen, inwieweit es mit der neuen Festlegung der Achse des Bauhausmuseums überhaupt möglich ist, dass das Mahnmal an seinen ursprünglichen Standort zurückkommt. Nach jetziger Sachlage sei die Gestaltung jedoch so, dass es die Achse nicht ermöglicht und man das Denkmal dann in den Fußgängerraum verschieben müsste. Insofern sei der Arbeitsauftrag, den der Haupt- und Personalausschuss an das Fachdezernat gerichtet hat, an dem Alternativstandort weiter zu arbeiten und es zu ermöglichen, dass dieser auch der zukünftige ist, gültig.

Herr Grey, Mitglied der NPD, brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Roßlauer dafür gesorgt haben, dass der Antragsteller die Beschlussvorlage zur Umbenennung des Stadtnamens zurückziehen musste. Gleichzeitig sei es unmöglich von Herrn Stadtratsvorsitzenden Ehm, einigen Menschen das Wort zu entziehen, während andere ihre Beiträge beliebig ausweiten können. Es sollte Gleichberechtigung herrschen.

Des Weiteren fragte er zu einer bevorstehenden Veranstaltung auf der Wasserburg in Roßlau, welche in den letzten Jahren bis tief in die Nacht hinein ging und bei der Anwohner nicht die Möglichkeit hatten, jemand zuständigen vom Ordnungsamt zu

erreichen, ob es in diesem Jahr eine Telefonnummer geben wird, an die man sich im Notfall wenden kann und wo diese dann veröffentlicht wird.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck sagte eine schriftliche Antwort zu.

Es wurde eine halbstündige Pause durchgeführt in der **Herr Palermo** und **Herr Weber**, beide **Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, sowie **Herr Trocha**, **Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Sitzung verließen.

7 Beschlussfassungen

7.1 Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung auf dem Gebiet der Gewerbesteuer für die Stadt Dessau-Roßlau vom 09.08.2016 Vorlage: BV/125/2017/II-20

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordneten für Finanzen, merkte an, dass in dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes keine inhaltlichen Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit getroffen wurden. Die erteilten organisatorischen Hinweise wurden aufgenommen und zum Teil bereits umgesetzt.

Beschluss:

Der Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 09.08.2016 gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.2 Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/310/2016/II-32

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, gab die Ablehnung der Gefahrenabwehrverordnung seinerseits bekannt, weil er die im §1 Abs. h vorgenommene Einschränkung der Durchführung von Brauchtumsfeuer auf öffentliche Veranstaltungen, die nur für jedermann zugänglich sind, für völlig überzogen hält. Das darin ausgedrückte Misstrauen gegenüber privaten Veranstaltungen, also von Bürgern, sei aus seiner Sicht nicht akzeptabel. Für eine solche Differenzierung gebe es keine rechtliche Begründung. Es sollte mehr auf den mündigen und verantwortungsvollen Bürger gesetzt werden.

Beschluss:

Es wird eine neue Gefahrenabwehrverordnung für das Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau entsprechend der Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:03:05

7.3 Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf dem Gelände der ehemaligen WGT–Garnison, „Berliner Cultur“ im Stadtteil Roßlau/Grundsatzbeschluss
Vorlage: BV/107/2017/III-61

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die kontroverse und intensive damalige Diskussion, das Areal der Biogasanlage der Natur näher zu bringen und stellte die Frage, ob mit dieser Energieerzeugungsanlage diese ehemalige Festlegung infrage gestellt wird.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, beantragte das Rederecht für **Herrn Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht**. Nach der Zustimmung der Stadträte legte Herr Schmidt dar, dass es sich in erster Linie um ein Konversionsareal handelt und Konversionsflächen primär im erneuerbaren Energiegesetz zur Nutzung zu Zwecken für erneuerbare Energien verankert sind. Der Bundesforst und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben haben gemeinsam die Entscheidung getroffen, den Auftrag der Bundesregierung zur Bereitstellung solcher Flächen für Photovoltaikanlagen dann auch gemeinsam nachzukommen.

Auf Bitten von **Herrn Berghäuser, Fraktion Die Linke**, gab der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ehm das Abstimmungsergebnis der vorberatenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: 7:0:0

Ortschaftsrat Roßlau: 7:0:0

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 7:0:0

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt das in der Anlage 2 beigefügte Schreiben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf dem Gelände der ehemaligen WGT–Garnison, „Berliner Cultur“ im Stadtteil Roßlau zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat wird auf der Grundlage der mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) abgestimmten Kriterien zur Ausschreibung und des § 12 Absatz 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) darüber entscheiden, ob für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf dem Gelände der ehemaligen WGT–Garnison, „Berliner Cultur“ im Stadtteil Roßlau ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt wird. Der Beschlussvorlage zum möglichen Bebauungsplan sind dann der Antrag eines Vorhabenträgers, ein mit der Verwaltung abgestimmter Vorhaben- und Erschließungsplan und der Entwurf eines Durchführungsvertrages beizufügen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.4 Bebauungsplan Nr. 125 "Große Lobenbreite" - 1. Änderung und Ergänzung im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch/Aufstellungsbeschluss und Billigung des Planentwurfes zur Beteiligung
Vorlage: BV/096/2017/III-61

Herr Mau, CDU-Fraktion, bemerkte, dass die Beschlussvorlage trotz einstimmiger Beschlussfassung im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus einen Beigeschmack hinsichtlich der Traufhöhenänderung hat. Einige Bauherren haben im Vertrauen auf die erste Auslegung ihre Häuser angefangen zu bauen und Probleme mit der Traufhöhe bekommen, weil das Unternehmen die Straße einfach oben drauf gesetzt hat, anstatt in die Tiefe zu gehen. Mittlerweile wird vom Bauträger Muttererde bereitgestellt, um das auszugleichen. Er bat darum, dass der Bau der Stadtvillen erst im 2. Bauabschnitt zugelassen wird, um die Problematik der Leute, die im Vertrauen im Bungalowstil gebaut haben, etwas zu heilen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die versandten Briefe betroffener Bauherren. Diese Problematik sollte schnellstmöglich gelöst werden, was er auch von Dessau-Kochstedt erwartet.

Beschluss:

1. Dem in der Anlage 2 zu diesem Beschluss enthaltenen Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung der 1. Änderung und Ergänzung zum Bebauungsplan Nr. 125 „Große Lobenbreite“ wird stattgegeben. Die Aufstellung der 1. Änderung und Ergänzung zum Bebauungsplan Nr. 125 „Große Lobenbreite“ wird für das in der Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet beschlossen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten abzuschließen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 125 „Große Lobenbreite“ wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) unter Verzicht auf die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB geändert und ergänzt. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen. Ziel der Planänderung und –ergänzung ist die Anpassung der Festsetzung zur Traufhöhe und die Aufnahme der maximal zulässigen Anzahl von zwei Vollgeschossen. Damit soll dem Zeitgeist und den individuellen Wünschen Bauwilliger nach modernen Hausformen Rechnung getragen werden.
4. Der Entwurf der 1. Änderung und Ergänzung zum Bebauungsplan Nr. 125 „Große Lobenbreite“ und die dazugehörige Begründung werden in der Beschlussvorlage beigefügten Fassung vom 15.03.2017 (Anlagen 4 und 5) gebilligt.
5. Die öffentliche Auslegung des in der Anlage 4 beigefügten Entwurfs der 1. Änderung und Ergänzung zum Bebauungsplan Nr. 125 „Große Lobenbreite“ und die dazugehörige Begründung (Anlage 5) wird beschlossen.
6. Der Absicht der Verwaltung, Vorhaben während der Planaufstellung nach § 33 Abs. 3 BauGB zuzulassen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 31:00:06

**7.5 Umgestaltung Kavalierstraße 1. Bauabschnitt (BA)
zwischen der Askanischen Straße und der Friedrichstraße
Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: BV/182/2017/III-66**

Herr Mau, CDU-Fraktion, verwies auf die große Investition für die Stadt, um die Kavalierstraße moderner zu gestalten. Jedoch könne er die Erhöhung der Kosten um 2 Mio. € nicht nachvollziehen, da diese in Erwartung der Auftragslage hätten vorher eingeplant werden können. Noch nicht ersichtlich ist, ob dadurch andere Maßnahmen gefährdet sind. Es sind nicht die ersten Maßnahmen, die quer geplant worden sind. Diesbezüglich erinnerte er an das Georgium u. a. Bauwerke. Man könne es sich nicht leisten, noch etwas anderes in die Hand zu nehmen. Bei den Sportvereinen werde gekürzt und bei den Unternehmen werden bestimmte Preise nicht abkassiert. Es sei nicht schön, dass solche Kosten nach oben getrieben werden können, ohne vorherige Nachfrage. Die zuständigen Mitarbeiter sollten sich mit der Wirtschaft unterhalten, denn andere planen höher, so dass darüber nicht mehr befunden werden müsste.

In Erwiderung erklärte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass die Kosten für diese Maßnahme seitens der Verwaltung höher geschätzt und beantragt wurden. Das Land hat aber diese Kostenansätze über die Förderung reduziert. Auch hat sich die Auftragslage der Firmen derartig verbessert, dass diese gar nicht mehr hinterherkommen und somit die Auftragssummen in die Höhe gehen. Es liege also nicht an Verfehlungen von Mitarbeitern der Verwaltung.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, untersetzte die Ausführungen von Frau Schlonski. Es fand eine faire Diskussion zum Abgleich der entsprechenden Angebote statt. Wenn ein Projekt sich verselbständigt, weil es unterschätzt worden ist und die Kosten explodieren sei das etwas anderes, als wenn die Konjunkturlage keine anderen Preise bereithält. Da dieses Projekt allen wichtig war, habe man sich gemeinschaftlich dazu entschieden, genau diesen Zuschlag zu tätigen. Diese Stadt werde es sicher auch entsprechend würdigen.

Beschluss:

1. Die Genehmigung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von **2.270.000 €** für die Umgestaltung der Kavalierstraße 1. BA wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:01:00

**7.6 Entscheidung über den zukünftigen Umgang mit dem Naturbad
Großkühnau
Vorlage: BV/131/2017/IV-52**

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, bemerkte, dass es im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport eine Empfehlung gab, aus dem Naturbad eine Badestelle zu machen. Jedoch habe man sich nach der Beratung im Haupt- und

Personalausschuss darauf verständigt, die Beschlussvorlage in der ursprünglichen Fassung und zwar als Beibehaltung eines Naturbades einzureichen.

Beschluss:

Zur Weiterführung des Verfahrens zum zukünftigen Umgang mit dem Naturbad Großkühnau wird der Weiterbetrieb als Naturbad mit allen daraus resultierenden Pflichten zur Entscheidung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

**7.7 Aufhebung eines Sperrvermerkes in Höhe von 20.000 EUR zwecks Zuschussgewährung an den Verein SV Dessau 05 e.V. (Produktkonto 42110 5318000 Zuschüsse an Sportvereine)
Vorlage: BV/181/2017/IV-52**

In der Anlage 1 der Beschlussvorlage ist dargelegt, dass in der Fußballabteilung 19 Übungsleiter für die Betreuung der Sportler verantwortlich sind, legte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion** dar. Im Protokoll soll aufgenommen werden, dass es einen Nachweis geben muss, dass diese Übungsleiter eine gültige Lizenz haben. Ebenso soll im Protokoll bezüglich des letzten Absatzes der Anlage 1: „Die zusätzlichen finanziellen Mittel bis zur Höhe von 20.000 EUR werden ausdrücklich zur Absicherung des Spielbetriebes in der Verbandsliga und zur Sicherung der qualitativ hochwertigen Ausbildung im Fußballnachwuchs verwendet.“ aufgenommen werden, dass es dazu einen Finanzplan für die Stadtverwaltung, eine Art Verwendungsnachweis, gibt und dargestellt wird, wie für die Saison der Plan aussieht. Damit könne der Beschlussvorlage zugestimmt werden.

Beschluss:

Der Sperrvermerk in Höhe von 20.000 EUR zwecks Zuschussgewährung an den Verein SV Dessau 05 e.V. zur Absicherung des Spielbetriebes in der Verbandsliga und zur Sicherung der qualitativ hochwertigen Ausbildung im Fußballnachwuchs im Produktkonto 42110 5318000 (Zuschüsse an Sportvereine) wird aufgehoben und die Mittel zur Gewährung eines Sonderzuschusses an den Sportverein verwendet.

Abstimmungsergebnis: 34:00:03

**7.8 Maßnahmebeschluss
Geländeerschließung und räumliche Optimierung Technikmuseum
"Hugo Junkers" Dessau
Vorlage: BV/119/2017/IV-80**

Bereits im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport war es ihm wichtig, das Nebenareal im Bereich der Kühnauer Straße, also neben dem Museum, in die Betrachtung einzubeziehen, denn wenn es zu einer erheblichen Aufwertung des Technikmuseums kommt, wird das Nebenareal ein Problem sein, erklärte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**. Das Nebenareal sei augenblicklich gebäudetechnisch abgängig im Eigentum eines anderen Eigentümers. Die Stadt ist beauftragt, es in den Vermarktungsprozess einzubinden. Er stellte die Frage, ob es Informationen zum Umgang mit diesem Thema gibt.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, sagte zu, sich diesbezüglich mit dem Baudezernat zu verständigen. Im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und respektive im Ausschuss für Kultur werden Informationen über mögliche Gedanken mit dem Umgang gegeben.

Beschluss:

1. Es wird die Umsetzung der touristischen Infrastrukturmaßnahme „Geländeerschließung und räumliche Optimierung Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau-Roßlau“ beschlossen.
2. Die Umsetzung der Maßnahme im Rahmen des Bauhausjubiläums wird vorbehaltlich der Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit einer angestrebten Förderquote in Höhe von 90% beschlossen.
3. Für die Anerkennung im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Baumaßnahme innerhalb des GRW-Förderprojektes wird ein Durchführungsvertrag zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und dem Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V. geschlossen. Der Abschluss dieses Vertrages wird beschlossen.
4. Um eine Initiierung im Rahmen des Bauhausjubiläums zu gewährleisten, ist zeitnah mit der Ausschreibung der Planungsleistungen zu beginnen. Mit den Planungsleistungen in den Leistungsphasen 1 – 4, die Voraussetzung für die Bewilligung des eingereichten Fördermittelantrages sind, geht die Stadt Dessau-Roßlau in Vorleistung. (Diese Vorleistungen sind nach Bewilligung der Fördermittel für die Maßnahme abrechenbar entsprechend der Förderquote.)
5. Es wird beschlossen, den Sperrvermerk Finanzplan investiv für die Investitionsmaßnahme 281108000000001 – Zuschuss an Technikmuseum Dessau e.V. aufzuheben. Die Umsetzung der Maßnahme ist von großer Relevanz in Vorbereitung des Bauhausjubiläums.
6. Die im HH 2017 geplanten Mittel in Höhe von 232.000 Euro werden für die Beauftragung von Planungsleistungen (LPH 1-4 Planung Bau; LPH 1-4 Konzeption Ausstellung; Gutachten) freigegeben.
7. Es wird die für die Umsetzung des Projektes festgelegte Projektstruktur beschlossen.
8. Für die Neuausrichtung des Technikmuseums „Hugo Junkers“ bedarf es einer hauptamtlichen Leitung und kuratorischen Betreuung durch eine Person mit wissenschaftlicher Ausbildung. Zur Sicherstellung dieser erfolgt durch die Stadt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, ab dem Jahr 2018 ein Zuschuss.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.9 Austritt der Stadt Dessau-Roßlau aus dem Verein BLAUES BAND e.V.
Vorlage: BV/123/2017/IV-80**

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau kündigt mit Wirkung zum 30.06.2017 die Mitgliedschaft im Verein BLAUES BAND e.V. .
2. Dem Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH wird empfohlen, die Mitgliedschaft der Stadtmarketinggesellschaft im Verein BLAUES BAND e.V. aus strategischer Sicht zu prüfen, damit Dessau-Roßlau weiterhin von den touristischen Marketingaktivitäten des Vereins profitiert.

Abstimmungsergebnis: 34:00:03

**7.10 Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/098/2017/V-40**

Beschluss:

Die Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau wird zum 1. August 2017 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.11 Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/114/2017/V-40**

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, verwies auf die in der Satzung fehlenden Seitenzahlen und bat darum, bei dem aufgeführten Schulbezirk der Grundschule Waldstraße unter Roßlau das in Klammern stehende „ohne Meinsdorf, Mühlstedt, Streetz und Natho“ zu streichen, weil der Stadtbezirk Roßlau und der Ortsteil Roßlau eindeutig in der Hauptsatzung benannt sind.

Beschluss:

Die Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau wird zum 01. August 2017 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.12 Neuerstellung eines schlüssigen Konzeptes zur Bestimmung der Angemessenheit der Bedarfe für Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII - Vorlage: BV/095/2017/V-50

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Neuerstellung eines schlüssigen Konzeptes mit Wirkung ab 01.05.2018 als Grundlage für die Bestimmung der Angemessenheit der Bedarfe für Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII.
2. Die Neuerstellung des schlüssigen Konzeptes wird im Rahmen eines Vergabeverfahrens beauftragt.
3. Die Kosten für die Neuerstellung des schlüssigen Konzeptes werden im Haushalt 2018 bereitgestellt. Eine Bindungsermächtigung für das HH-Jahr 2018 wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: 36:01:00

**7.13 Bewertung der Angebote und Maßnahmen gemäß § 11 SGB VIII in Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/121/2017/V-51**

Beschluss:

1. Das im Haushaltsplan der Stadt Dessau-Roßlau zur Verfügung stehende Budget für die Angebote gemäß § 11 SGB VIII (Jugendarbeit) wird mittelfristig auf dem Niveau des Jahres 2017 festgeschrieben.

Veränderungen in Form tariflicher Steigerungen bzw. Veränderungen von Betriebs- oder Sachkosten müssen künftig über die Bewertung und Neuausrichtung vorhandener Angebote innerhalb des Budgets ausgeglichen werden. Eine Evaluierung erfolgt nach zwei Jahren.

2. Der Stadtrat stimmt dem Prozess einer Bewertung aller Angebote und Maßnahmen gemäß § 11 SGB VIII, die aktuell durch die Stadt Dessau-Roßlau gefördert werden, sowie den entsprechenden Kennzahlen und ihrer Wertigkeit zu.

Die Bewertung erfolgt bis zum 30.06.2017 durch alle stimmberechtigten Mitglieder, deren Stellvertreter, den beratenden Mitgliedern aus Jugendhilfeausschuss (JHA) und Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA-Jhpl.) sowie durch zwei weitere Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen der Verwaltung (insgesamt 50).

Alle planungsraumorientierten Einrichtungen (10) und planungsraumübergreifenden Angebote und Maßnahmen (4) entsprechend der Tabelle (Anlage 2) sind zu bewerten.

3. Die planungsraumorientierten Einrichtungen die im Ergebnis der o. g. Bewertung Rang 6 bis 10 einnehmen, sowie die planungsraumübergreifenden Angebote und Maßnahmen auf Platz 3 und 4, sind durch die Verwal-

tung des Jugendamtes auf die Indikatoren Bedarf, Standort, konzeptionelle Umsetzung und personelle Ausstattung zu überprüfen.

Dem JHA sind dafür bis spätestens 21.11.2017 konkrete Änderungsvorschläge zur Entscheidung vorzulegen. Das kann im Einzelfall eine Einschränkung des Angebotes (Stundenreduzierung, Umfang Angebot) zur Folge haben bzw. bis zur Schließung führen. Der Stadtrat wird in seiner Sitzung am 06.12.2017 über das Ergebnis informiert.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.14 Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Dessau
Vorlage: BV/198/2017/Linke

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

7.15 Marktplatz Zerbster Straße zur vielfältigen Nutzung freigeben
Vorlage: BV/091/2017/CDU

Herr Mau, CDU-Fraktion, stellte fest, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus für die strategische Ausrichtung in dieser Stadt zuständig ist. Das Geschehen auf dem Marktplatz der Zerbster Straße soll zur vielfältigen Nutzung freigegeben werden, Genehmigungen sollen freizügiger erteilt werden und bestimmte Genehmigungen wegfallen, damit dieser Marktplatz belebt wird.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, verließ zu Beginn des Tagesordnungspunktes die Sitzung.

Beschluss:

Der Marktplatz in der Zerbster Straße ist für die Belebung und die Herausstellung der Dessauer Innenstadt von außerordentlicher Bedeutung. Ziel der Stadt Dessau-Roßlau ist es, die Fläche stärker als bisher zu beleben und für Veranstaltungen zu nutzen. In die Vermarktung soll künftig auch die Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH einbezogen werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Sondernutzungssatzung zur besseren Nutzung und Belebung des Marktplatzes in der Zerbster Straße dahingehend zu überarbeiten, dass die Gebühren für Veranstaltungen oder die Nutzung der Fläche für Biergärten deutlich gesenkt werden, wenn für diese kein Eintritt erhoben wird. Wenn rechtlich möglich, sollten diese Gebühren mit Ausnahme der Kosten für die Versorgung mit Energie und Wasser ganz entfallen. Die Genehmigung der Nutzung soll dabei möglichst unkompliziert und bürokratiearm erfolgen.

Gebühren für die Einengung von Verkehrsflächen zum Zwecke der Gestaltung (z. B. Blumenkübel) entfallen im Bereich der Zerbster Straße. Eine Genehmigung durch die betroffenen Ämter bleibt als Voraussetzung bestehen.

Alle Veranstaltungen und Termine auf dem Marktplatz werden im Onlineangebot der Stadt transparent und aktuell gebündelt veröffentlicht. Dabei sollten möglichst detaillierte Uhrzeiten und Kontaktdaten der Veranstalter zugänglich sein.

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 6. September 2017 die entsprechende Satzung in einer überarbeiteten Version zur Beschlussfassung vor. Sofern aus rechtlichen oder anderen Gründen Eingrenzungen der Freigabe nötig sind, sollen diese dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus rechtzeitig zur Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: 32:00:04

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm schloss die Sitzung des Stadtrates um 19:06 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.09.17

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer